

1/3 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 32
Fernschreiber 0886890

P/XIV/60 - 13. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Seiten:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 - 2 | Untragbare Härten im zweiten Wohnungsgesetz Länderbauminister sind einsichtiger als der Bundesbauminister Von Dr. Julius Brecht, MdB | 73 |
| 3 | Neue Töne aus Warschau Wachsendes Mißtrauen gegen Westdeutschland | 50 |
| 4 | Größte Ausländerkolonie der Bundesrepublik In Hamburg gibt es 2 000 Perser - Die meisten leben vom Export und vom Handel | 48 |
| 5 - 7 | "Das junge Mädchen und die junge Frau in unserer Zeit" Ein Nachwort zur zentralen Frauenkonferenz der SPD in Berlin Von Hety Schmitt-Maass | 128 |

* * *
* *

13. März 1959

Untragbare Härten im zweiten Wohnungsbaugesetz

Von Dr. Julius Brecht, MdB.

Vor wenigen Tagen haben auch die Bau- und Wohnungsbauminister der Länder eine Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes gefordert. Sie kamen dabei zu den gleichen Forderungen, die von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion schon wiederholt erhoben worden sind. Sie fordern, daß der im Zweiten Wohnungsbaugesetz eingeleitete Abbau in der Bereitstellung öffentlicher Mittel für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau (also nicht die Sonderprogramme) eingestellt und rückgängig gemacht wird. Bekanntlich sind früher nach vielen Bemühungen im Bundeshaushalt 700 Millionen DM bereitgestellt worden. Das Zweite Wohnungsbaugesetz, das vor allem von dem damaligen Abgeordneten, dem heutigen Wohnungsbauminister Lücke, betrieben wurde, ordnete dann an, daß diese an sich geringe Summe Jahr für Jahr um 70 Millionen DM gekürzt werden müsse. So ist der Förderungsbetrag bereits auf 560 Millionen DM zurückgegangen.

Die Länderminister fordern, daß wieder volle 700 Millionen DM eingesetzt werden. Das hatte die SPD-Fraktion bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode in einem Initiativ-Gesetzesentwurf verlangt, ferner bei jeder Wohnungsbaudebatte und anlässlich jeder Haushaltsdebatte immer wieder vorgebracht. Alle ihre darauf gerichteten Anträge sind stets von der Regierungskoalition und der Bundesregierung abgelehnt worden. Nun haben die zuständigen Fachminister der Länder diese Forderung aufgegriffen und machen sie auch ihrerseits geltend. Ob Bundesregierung und Regierungsparteien jetzt doch endlich eine bessere Einsicht bekommen werden?

Ähnlich liegt es mit der zweiten Forderung der Fachminister. Auch sie deckt sich mit der wiederholt von der SPD-Bundestagsfraktion gestellter Antrag, die Einkommensgrenzen der Bevölkerungskreise mit geringer Einkommen heraufzusetzen. Diese Grenzen sind für eine Reihe von Vergünstigungen und Maßnahmen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz maßgebend, u.a. auch dafür, wie hoch die Sozialmiete und etwaige Mietbeihilfen zu bemessen sind. Aber die im Zweiten Wohnungsbaugesetz festgelegten Grenzen sind so unreal niedrig, daß viele, die gleichfalls darauf angewiesen sind diese Vergünstigungen nicht erhalten können. Die Einkommensgrenze liegt z.B. für eine Alleinstehende bei DM 200,-- monatlich, für ein Ehepaar ohne Kinder bei DM 300,--, mit einem Kind bei DM 400,-- usw. Geht das steuerbare Einkommen darüber hinaus, kommen höhere Mieten infrage, oder können keine Mietbeihilfen gewährt werden. Die SPD-Fraktion hat schon

13. März 1959

1957/58 in ihrem Gesetzentwurf und in mehreren Debatten gefordert, diese unzureichenden Grenzen angemessen um je DM 100,- anzuheben. Auch diese von allen sozialbewußten Fachkreisen unterstützte Forderung ist bisher von Regierung und Regierungsparteien schroff abgelehnt worden. Jetzt haben die Fachminister der Länder genau die gleiche Forderung erhoben. Wird die Bundesregierung ihre starre und unverständliche Haltung endlich aufgeben?

Dabei ist besonders interessant, daß die Länderminister für das Wohnungs- und Siedlungswesen ihre beiden Forderungen im engen Zusammenhang mit ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu dem Plan erhoben haben, die Wohnungsversorgung in marktwirtschaftliche Formen überzuleiten. In der öffentlichen Fachdiskussion zu diesem Plan ist von allen sachverständigen Stellen und Personen mit größtem Nachdruck immer wieder gefordert worden, daß erst zwei bis 2,5 Millionen Wohnungen noch gebaut werden müssen, bevor der Übergang endgültig vollzogen werden könne. Dem steht naturgemäß der jährlich zunehmende Abbau der öffentlichen Förderungsmittel für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau schroff entgegen. Deshalb ist das jetzt von den Länderministern wieder vorgebrachte Anliegen, mit dem Abbau einzuhalten, vollauf berechtigt. Es müssen erst noch mehr soziale Wohnungen gebaut werden!

Ähnliches gilt für das zweite Verlangen, die Einkommensgrenzen heraufzusetzen. Aber es ist beachtlich, daß das Wohnungsbauministerium in seinem Überleitungsplan nicht selbst auf die selbstverständliche Idee gekommen ist, daß diese beiden Bestimmungen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes geändert werden müssen. Wahrscheinlich schämte es sich, damit die Richtigkeit der wiederholt erhobenen SPD-Forderungen zu bestätigen. Nun haben das die zuständigen Fachminister der Länder getan. Sie haben sich zweifellos auch gewundert, daß der Wohnungsbauminister in seinem Überleitungsgesetz das Zweite Wohnungsbaugesetz in einigen wenigen Punkten ändern will, aber nicht in diesen beiden, die doch für die weiteren wohnungspolitischen Maßnahmen so entscheidend sind.

Die Länderminister haben sicherlich ihre notwendige Zustimmung zum Überleitungsgesetz nicht ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß ihren beiden Forderungen entsprochen wird. Aber sie haben mit Recht und sehr deutlich auf den engen Zusammenhang hingewiesen. Das ist erneut nun auch von dieser Seite eine nachträgliche Bestätigung dafür, wie recht die SPD mit ihrer Forderung schon immer hatte.

Neue Töne aus Warschau

ler. Die Stürken, die von Warschau aus über die Deutschlandfrage nach dem Westen klingen, sind frostiger geworden. Das kam auf dem Dritten Kongress der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Warschauer "Palast der Wissenschaften und der Kultur" recht deutlich zum Ausdruck.

Der Lenker Polens, Gomułka, richtete ungewöhnlich heftige Angriffe gegen die Bundesrepublik, Angriffe, wie sie in dieser Lautstärke und Vehemenz schon seit länger nicht vernommen wurden. Er sieht in der Bundesrepublik einen Herd von "Militaristen und Revisionisten", die darauf ausgehen, die Oder-Neisse-Grenze eines Tages mit Gewalt revidieren zu wollen. Gomułka malte vor seinen Zuhörern und Gästen, unter denen diesmal die sowjetrussische Führungsspitze nicht vertreten war, das Gespenst eines kriegslisternen Westdeutschland, gegen das man sich nur durch das Bündnis mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten des Ostblocks schützen könne. Gomułka drohte im Falle eines Nichtzustandekommens eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten mit dem Abschluss eines polnischen Separatfriedensvertrages mit Pankow; auch hier bekannte er sich zur sowjetrussischen These, obwohl er in anderen, nicht auf Deutschland bezogenen Teilen seines Referates so etwas wie eine eigene polnische Linie herauszuarbeiten versuchte. So wichen seine Bemerkungen über den jugoslawischen Revisionismus recht deutlich von der Moskauer Auffassung darüber ab.

Man braucht nicht lange nach den Ursachen dieser wieder härter gewordenen polnischen Sprache zu suchen. Ohne Zweifel drückt sie die Empfindungen und Ängste der Mehrheit des polnischen Volkes aus. Die Furcht vor einer Wiederholung der Schrecken der deutschen Besatzungszeit während des zweiten Weltkrieges sitzt allen Polen tief im Nacken; sie ist wohl stärker als die Abneigung gegen die sowjetrussische Umklammerung. Durch Deportationen, Gaskammern und Exekutionen hat Polen während des zweiten Weltkrieges von 29 Millionen rund 6 Millionen Einwohner verloren!

Vor anderthalb Jahren hatte der polnische Außenminister Rapacki die Diskussion über die Deutschlandfrage um die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bereichert; in offiziellen Bonn stiess sie auf eisige Ablehnung. Musste diese Ablehnung eines Planes, der inzwischen auf seine Brauchbarkeit als ein Mittel zur Linderung von Kriegsgefahren auch von hervorragenden westlichen Politikern und Staatskürnern begrüsst wurde, nicht in Polen den Eindruck vertiefen, die Bundesrepublik wolle wirklich nicht Entspannung und Frieden? Und noch ein anderes kam dazu: Schon wiederholt liess Warschau seine Bereitschaft erkennen, mit Bonn in diplomatische Beziehungen zu treten. Auch dieser polnische Wunsch fand in offiziellen Bonn kein Gehör, man tat ihn achtlos zur Seite, nicht bedenkend, dass hier polnische Empfindlichkeiten und auch redlicher Wille verletzt und kränkiert wurden.

Das Sichaperren Bonns gegen diplomatische Kontakte mit Warschau und die Verwerfung des Rapacki-Planes als Diskussionsgrundlage für Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zeitigt heute bittere Früchte. Sieht denn Bonn seine Staatsmannkunst darin, unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn, mit denen eines Tages ja auch ein Friedensvertrag abzuschliessen ist, noch tiefer in die Entfremdung gegen die Bundesrepublik hineinzutreiben?

Größte Ausländerkolonie der Bundesrepublik

(rh) - Als größte ausländische Kolonie von Hamburg und zugleich auch in der Bundesrepublik sind die rund 2.000 Perser anzusehen, die sich dauernd oder vorübergehend in der Hansestadt an der Elbe niedergelassen haben. Unter ihnen befanden sich im letzten Wintersemester der Hamburger Universität 77 persische Studenten, doch ist die Zahl der persischen Studenten in Hamburg höher, da sie auch andere Höhere und Hohe Schulen besuchen und überdies oft mit ihren jungen Frauen nach Hamburg gekommen sind.

Der Großteil der Perser in Hamburg befaßt sich mit Importen und mit dem Handel. Während in den ersten Jahren nach dem Kriege aus Persien über Hamburg vor allem Baumwolle, Trockenfrüchte, Därme und Schwefel in der Deutschen Bundesrepublik eintrafen, ist jetzt die Konkurrenz größer geworden, und die Perser müssen sich vielfach umstellen. Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und dem Iran (Persien) beläuft sich derzeit auf rund 323 Millionen DM im Jahr. Er wird zum überwiegenden Teil über Hamburg abgewickelt, und die Perser bemühen sich, die Verpackungen ihrer Waren zu verbessern, um mit der Konkurrenz Schritt zu halten. Keine Konkurrenz zu scheuen brauchen die Perser bei der Einfuhr und beim Handel mit ihren in der ganzen Welt bekannten Persischen Teppichen, für die sich Hamburg zu einem großen Umschlagplatz entwickelt hat. Kaum in einer anderen westdeutschen Stadt werden soviel Perserteppiche wie in Hamburg angeboten, und kaum anderswo sind sie auch so preiswert.

Es ist von den Persern in Hamburg bekannt, daß sie ihre Steuern pünktlich bezahlen und daß sie auch zwanzig Prozent ihrer Verdienstspanne als Zakkat- und Chums-Steuer an ihren geistlichen Oberherren abführen. Als Oberhirte der moslem-gläubigen Perser in ganz Europa amtiert in Hamburg ein Imam, in dessen Gemeinderaum im Hause einer Straße in Harvestehude die Gläubigen regelmäßig zusammenkommen. Auch er hat darüber zu klagen, daß nur die ältere Generation die Glaubensübungen noch streng befolgt, während sich die jüngeren Perser mehr für die Erwerbung von Kenntnissen und auch für die Politik interessieren. Denn ihr Aufenthalt ist ja in Hamburg zeitlich begrenzt, und sie müssen trachten, die Zeit in der großen Hafen- und Weltstadt zu nutzen, um sich dann zuhause an der Modernisierung und am Aufbau des Landes zu beteiligen. Und dieses Land braucht Ärzte und Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler. Die Hamburger Kliniken haben in Persien einen guten Ruf.

Das Persische Generalkonsulat in Hamburg - eine unter den 48 ausländischen Vertretungen, die es heute wieder in der Hansestadt gibt - ist für die Bereiche Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und West-Berlin zuständig, wo sich überall, besonders in Bremen und Berlin, größere Gruppen von Persern niedergelassen haben.

Die in Hamburg lebenden persischen Kinder lernen sehr schnell die deutsche Sprache. Immer wieder kann man in den Geschäften beobachten, wie sie ihren Müttern beim Einkauf helfen und sogar mit den Plattzurechtkommen, das sie bei ihren einheimischen Spiel- und Schulgefährten "aufgeschnappt" haben.

+ + +

"Das junge Mädchen und die junge Frau in unserer Zeit"

Von Hetty Schmitt-Maass

Mit diesem Thema veranstaltete die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - unter Leitung des Präsidiums-Mitglieds Marta Schanzenbach, MdB - vom 6. bis 8. März ihre diesjährige zentrale Frauenkonferenz in Berlin. Dabei wurde die heutige Situation der Mädchen und jungen Frauen in Deutschland gesellschaftspolitisch, sozialpolitisch, berufs- und wirtschaftspolitisch wie auch rein menschlich beleuchtet.

Die beiden Rednerinnen der Tagung, Dr. Lore Lipschitz, Berlin, und Else Warnke, Düsseldorf, charakterisierten die Stellung des jungen Mädchens und der jungen Frau, die in unserer Zeit eine andere ist als die Stellung der Mädchen und Frauen vergangener Zeiten. Die junge Generation habe sich den heutigen Verhältnissen angepaßt, ohne sich immer bewußt zu sein, welche Möglichkeiten in ihren Händen liegen, eben diese Verhältnisse mitzugestalten. Mehr als neun Millionen Frauen sind in der deutschen Bundesrepublik erwerbstätig; von diesen Frauen ist ein großer Teil unter 25 Jahre alt und bereits geprägt durch die Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren besonderen Aufgaben. Sie alle haben von frühester Jugend an die verhängnisvollen "Doppelbelastungen" zu spüren bekommen, die das Hauptproblem für die Frauen dieser Epoche darstellen.

Beruflicher Aufstieg begrenzt

In den beiden Hauptreferaten wurde das Thema der Konferenz zunächst soziologisch untersucht und dann wirtschaftlich beleuchtet. Die Soziologin Dr. Lore Lipschitz stellte das Verhalten der Frau "aus Tradition" dar in unserer Zeit, die die Menschen verführt, sich von äußeren Erfolgen leiten zu lassen; die gesellschaftliche Stufenleiter wird bestimmt von der Höhe des Einkommens - "der Wert der eigenen Leistung bestätigt sich im Erfolg; was aber Erfolg ist, läßt sich nur am Erfolg der anderen messen - an Geld und Besitz". Die Folge dieser Einstellung ist, daß sich mehr und mehr verheiratete Frauen gezwungen fühlen, mitzuerdienen, um der Familie einen Platz möglichst weit oben auf dieser Stufenleiter zu sichern. Es scheint sich dabei eine verhängnisvolle Anpassung der jungen Frauen an die Männerwelt zu vollziehen, in der weibliche Mitarbeiter dennoch meist nur der Platz der "Untergebenen" einnehmen. So ist die Frauenarbeit in die Breite und nicht in die Tiefe gewachsen - mehr und mehr Frauen haben sich ins Arbeitsleben eingereiht, doch nur wenige finden die Möglichkeit zu einem beruflichen Aufstieg, zu dem sie aber nicht weniger als die männlichen Kollegen fähig sind.

Erwachsenenhilfe bleibt oft aus

Die Gewerkschaftlerin Else Warnke ergänzte diese Betrachtungen durch eine Fülle von Material, das die letzten Untersuchungen in

Nordrhein-Westfalen ergaben. Sie schilderte das Leben vor allem der jungen Mädchen, die sich in der modernen Arbeitswelt - der "Erwachsenenwelt" - als Mensch behaupten müssen, ohne daß ihnen dabei vonseiten dieser Erwachsenen entscheidend geholfen wird. Sie forderte Humanisierung der Arbeit im Betrieb, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeiten und soviel Spielraum für den jungen Menschen, daß er neben der Arbeit noch an Fortbildung, an ernsthafte Probleme und an verantwortliche Mitarbeit im öffentlichen Leben denken könne. Nur dann könne man von der jungen Frau erwarten, daß sie an der Verwirklichung einer b e s s e r e n Gesellschaft mitarbeitet.

In vier Arbeitsgruppen versuchten die 350 Konferenzteilnehmer sodann, von vier verschiedenen Seiten tiefer in die Probleme einzudringen und die Frage zu untersuchen, wie die Aufgaben zu lösen seien, die sozialdemokratische Frauen sich stellen müssen, wenn unsere moderne Gesellschaft - die sie kritisch betrachteten - eine Umwandlung erfahren soll.

Pflichtschulzeit verlängern!

"Die Probleme der Mädchen- und Frauenbildung" behandelte man in der ersten Arbeitsgruppe. Dabei stellte man fest: Die heutige Schule reicht nicht aus, um den jungen Menschen lebenssicher zu machen. Die Pflichtschulzeit muß auf neun bis zehn Jahre verlängert werden. Lehrmethoden und Lehrstoff sind entsprechend zu prüfen mit dem Ziel, daß die jungen Menschen den immer umfassender werdenden Anforderungen im Beruf, in der Familie und der Gesellschaft gewachsen sind.

"Die Situation der Arbeitnehmerin" betrachtete man in der zweiten Gruppe. Der junge Mensch müsse sich seines Wertes erst wieder bewußt werden. So wurde dabei festgestellt: Die Technik habe dem Menschen zu dienen und nicht der Mensch der Technik. Von der Gefahr der Ausnutzung durch die Maschine seien zunächst die Frauen am stärksten betroffen; die Folge sind gesundheitliche Schäden, die vermieden werden könnten, wenn die Einrichtungen des Arbeitsplatzes auf die Konstitution der Frau abgestellt würden. Ferner müßte die Arbeitsschutzgesetzgebung den heutigen Anforderungen entsprechen. (Verbot von Überstunden, Verbot von Nachtarbeit, der Hausarbeitstag für die Hausfrau und Mütter usw.).

Mehr Mitterschutz

"Die Rolle der Frau in der heutigen Familie" war das Diskussions-thema der dritten Gruppe. Sie folgte in ihren Schlußfolgerungen den Feststellungen der beiden ersten: Wenn gefordert wird, daß die Mädchen für den Beruf und für das Leben bessere Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten, so müsse für die Familie verlangt werden, daß zunächst ausreichender und preiswerter Wohnraum für alle geschaffen wird. Weiter oben: Kindergeld vom ersten Kind an, famili-

energänzende Einrichtungen (wie z.B. Kinderhorte, Kindertagesstätten, Mütter- und Kinder-Erholung, Haushelferinnen, Ehe- und Erziehungsberatung, Mütterschulung), mehr Hilfen für die Familie und schließlich auch ein wenig mehr Zeit für die Hausfrauen selbst.

Die sozialdemokratischen Frauen forderten, daß in Anerkennung der gesellschaftlichen Leistung der Hausfrau und Mutter auch die Hausfrauentätigkeit als Beruf zu werten ist. Man erstrebt ferner, jungen Müttern ihren Anspruch auf Erhaltung des Arbeitsplatzes zu sichern, sobald sie durch die Geburt eines Kindes vor die Frage gestellt werden, ob sie diesen Beruf nun um des Kindes willen für einige Jahre aufgeben können. Über die Bestimmungen des Mutterschutzes hinaus müssen hier Hilfen geschaffen werden, die dem Kinde dienen und die Mutter von der schweren "Doppelbelastung" befreien. Selbstverständlich wurde in diesem Rahmen eine Vorbesserung des Mutterschutz-Gesetzes gefordert, statt des beabsichtigten Abbaus, wie er sich z.B. im Referenten-Entwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der Krankenversicherung abzeichnet.

Die Frau in der Öffentlichkeit

"Die Frau in der Öffentlichkeit" hieß das Thema der vierten Arbeitsgruppe. Hier wurde unterstrichen, daß die demokratische Gesellschaft auch die Mitwirkung der jungen Frauen brauche, doch bedeute das eine Umgestaltung des demokratischen Lebens, so daß die Mitarbeit junger Kräfte erst einmal möglich gemacht werde! Man könne keine Mitverantwortung bei den jungen Frauen erwarten - so meinten gerade die langjährigen Mitarbeiterinnen, Parlamentarierinnen und Funktionärinnen der SPD - ,wenn man ihnen nicht genügend Einfluß einräumt auf die Neugestaltung und Verbesserung unserer Lebensverhältnisse, auf die Lösung der eigenen Probleme dieser Generation.

Wenn zum Beginn der Konferenz in einer "Sozialreportage" (einem Spiel aus der soziologischen Studie von Prof. Wurzbacher "Die junge Arbeiterin" entnommen) ein plastisches Bild der Lebens- und Denkart junger Mädchen und junger Frauen gezeigt worden war, das fast zu pessimistisch schien - so klang die Tagung aus mit den positiven Worten einer der Berichterstatte-rinnen:

"Trotz allem, was wir erlebt haben in der jüngsten Vergangenheit, hat sich bewiesen: Die Familie ist die letzte Stabilität in einer sich auflösenden Welt, sie entwickelt genügend starke Gegenkräfte selbst in totalitären Systemen; die Familie scheint unzerstörbar, aber gerade deshalb müssen wir die Hilfen für den einzelnen Menschen vor allen dadurch geben, daß wir die Familie stützen und zu erhalten suchen".